

Ltd. KVD Allroggen informierte über den aktuellen Stand. Der Übergang zu den eigenen Jugendämtern der Städte Bornheim und Meckenheim zum 01.01.2005 sei Dank der sehr guten Vorbereitungen seitens des Kreisjugendamtes problemlos erfolgt. Mit der Stadt Bornheim sei man seit längerem in zähflüssigen Verhandlungen über die Übernahme der Erziehungsberatung durch den Kreis. Derzeit seien in der Nebenstelle der kreiseigenen Erziehungsberatungsstelle in Bornheim mehrere Stellen vakant, so dass für die Stadt Bornheim nur noch die laufenden Beratungsfälle bis zum Abschluss betreut werden könnten. Ohne einen Vertrag mit der Stadt Bornheim zur Sicherung der Refinanzierung von neuem Personal könnten keine Neufälle der Stadt Bornheim aufgenommen werden. Daher dränge er auf den Abschluss eines Vertrages zur Übernahme von Erziehungsberatungsfällen für die Stadt Bornheim.

Zum Stand des Schiedsverfahrens mit der Stadt Siegburg, dem sich grundsätzlich die Städte Bornheim und Meckenheim angeschlossen hätten, sei zu vermelden, dass sich der RP zwischenzeitlich bereit erklärt habe, das Schiedsverfahren durchzuführen. Die Unterlagen des KJA und der Stadt Siegburg lägen dort vor und er hoffe auf einen Termin bis Mitte März beim RP zur mündlichen Erörterung der Sachlage.

Zur Analyse der Situation Einrichtung eines eigenen Jugendamtes durch die Stadt Königswinter sei die Firma Kienbaum gemeinsam vom KJA und der Stadt Königswinter mit der Begutachtung beauftragt worden. Das Gutachten sei fertig und werde zunächst in der Sitzung des Haupt- und Sozialausschusses am 22.02.2005 in Königswinter behandelt werden.

KVD in Schrödl erläuterte die Grundzüge des Gutachtens. Das Gutachten spiele bis zum Jahr 2009 verschiedene Szenarien durch, einmal betreffend die Personalausstattung (eine knappe, eine der jetzigen entsprechende und eine üppige Ausstattung). Zum anderen werde die Kostenentwicklung unterschiedlich eingerechnet – Kostenentwicklung im gesamten RSK bei 0 %, bei 1,5 %, 2,5 % und über 5 %.

Eine Aussage des Gutachtens sei, dass die Jugendhilfekosten in Königswinter auf einem sehr niedrigen Niveau seien und daher keine reale Aussicht bestehe, dies noch zu senken. Entscheidend sei eher, was kostenmäßig im Gesamtbereich des Kreisjugendamtes geschehe. Hier sei es in 2004 gelungen, die Kosten auf dem bestehenden Niveau festzufrieren, also eine Kostensteigerung zu vermeiden. Unter dieser Kondition rechne sich laut Gutachten ein eigenes Jugendamt auf keinen Fall. Vorteilhaft sei ein eigenes Jugendamt nur dann, wenn die eigenen Ausgaben restriktiv gesteuert und gleichzeitig die Ausgaben des Kreises in größerem Maße ansteigen würden. Nur angerissen worden sei im Gutachten der Gesichtspunkt der Umlagenentwicklung. Insofern sei das Gutachten sehr begrenzt in seiner Aussage. Auf Frage des Abg. Dr. Lamberty stellte der Vorsitzende klar, dass das Gutachten als Resümee keine Empfehlung ausspreche. Die Verwaltung werde je ein Exemplar des Kienbaumgutachtens in die Kreistagsfraktionen geben. Bei Bedarf könnten weitere Exemplare beim KJA angefordert werden.